Manuel Loff

1989 im Kontext portugiesischer Kontroversen über die jüngste Vergangenheit

Die rechte Rhetorik der *zwei Diktaturen*

1989 und die *totalitäre Revolution* von 1974/75

Im November 1989, wenige Tage nachdem massive Demonstrationen in Ostdeutschland die Berliner Mauer zu Fall gebracht hatten, wurde im portugiesischen Parlament über den Staatshaushalt für 1990 beraten. Vier Jahre zuvor war Portugal vollwertiges Mitglied der Europäischen Gemeinschaft geworden und Premierminister Aníbal Cavaco Silva hatte die Macht übernommen. 15 Jahre waren seit dem Sturz der fast 50 Jahre andauernden rechten Diktatur (1926-1974), die António de Oliveira Salazar und Marcelo Caetano den Portugiesen aufgezwungen hatten, vergangen. Der politisch und moralisch konservative, aber ökonomisch liberal gesinnte Cavaco Silva war – nach Salazar – zum erfolgreichsten konservativen Führer in der portugiesischen Geschichte geworden. Nach einer ökonomischen Rezession, die über ein Jahrzehnt andauerte (1973-1986), standen ihm Mittel zur Verfügung, die sehr reichlich aus Europa nach Portugal flossen. Zum ersten Mal seit 1976 konnte eine amtierende Regierung einer Wahl gelassen entgegensehen. Ebenfalls zum ersten Mal seit der Einführung des Verhältniswahlrechts im Jahr 1975 hatte 1987 eine Partei – die Sozialdemokraten (Partido Social Democrata, PSD) – die absolute Mehrheit im Parlament errungen. Diesen Erfolg konnte sie vier Jahre später, also 1991, sogar wiederholen.

In seiner Ansprache an die parlamentarische Linke, bestehend aus den Abgeordneten der moderaten Sozialisten (PS) und der Kommunisten (Partido Comunista Português, PCP), die auf die kleinste jemals bestandene Zahl Mandate zusammengeschrumpft war, bediente sich Cavaco Silva der jüngsten Geschichte, um die Oppositionsparteien in Verlegenheit zu bringen. Die politische Instrumentalisierung der Geschichte ist in der politischen Debatte ein Hilfsmittel wie fast alle anderen. Es ist äußerst bedeutsam, die durch sie aufgeworfenen Probleme, Ereignisse und Kontroversen sowohl mit dem kurzfristigen Kontext, in dem sie vorgebracht wurden, als auch mit der langfristigen historischen Erzählung, die sie produziert, in Verbindung zu bringen. Das Markante daran war, dass der Premierminister im November 1989, als ein ganzes autoritäres politisches System zerfiel, nicht versuchte, eine Pa-

rallele zwischen dem Ende der 40-jährigen Diktatur in der DDR und den 48 Jahren des portugiesischen *Estado Novo*[1] zu ziehen, sondern er betonte die revolutionäre Erfahrung der Jahre 1974-1975 nach dem Sturz der Diktatur als die portugiesische Version des kommunistischen Totalitarismus, der sich zu diesem Zeitpunkt in Ost- und Mitteleuropa auflöste. Schließlich sei Portugal, so Cavaco Silva, nach der Revolution »vom 25. April [1974] kommunistisch dominiert«[2] gewesen, seitdem aber sei der »Sozialismus« zu »einem ideologischen Archaismus« geworden.[3]

Für den portugiesischen Premierminister waren die 18 Monate zwischen April 1974 und November 1975 »eine Periode der dauernden und gesteuerten Agitation, des systematischen Aufruhrs, einer allgemeinen Ruhelosigkeit, Verfolgung, Unsicherheit, Zerstörung der Volkswirtschaft, ein Versuch die ehrenwertesten Institutionen und die Institution des Militärs selbst zu verunglimpfen, das [portugiesische] Volk kulturell zu verderben«.[4] Zu einem Zeitpunkt, als die Ereignisse in der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen die Geschichte entscheidend veränderten, bestand der portugiesische Generalstabschef General Soares Carneiro auf die gleiche *totalitäre* Interpretation der revolutionären Periode von 1974/75. In einer Rede anlässlich des 14. Jahrestages der militärischen Konfrontation vom 25. November 1975, die fast ohne Blutvergießen zwischen der siegreichen antikommunistischen Koalition und dem zerstrittenen linken Flügel des Militärs verlief, sagte er:

> Einige wenige versuchten eine Art totalitäres Regime zu erzwingen, in dem der Mensch, die individuellen Freiheiten und die Vielfalt der sozialen

1 Den Namen *Estado Novo* (Neuer Staat) hatte sich das autoritäre Regime unter Salazar nach der Institutionalisierung der Militärdiktatur (1926-1933) 1933 selbst gegeben. Salazar verwirklichte damit seinen Plan eines nationalständischen Staates mit kontrollierter Planwirtschaft, einer rigorosen Pressezensur und einer rigiden Staatsschutzpolizei (PVDE, ab 1945 PIDE).

2 A estabilidade política [Politische Stabilität], Na abertura e no encerramento da [sic] moção de censura do PS [Am Beginn und Ende der [Debatte über die] Vorlage der PS gegen die Regierung], 19.–20.10.1989. In: Cavaco Silva , Aníbal: Ganhar o futuro. Discursos proferidos durante a vigência do XI Governo Constitucional [Die Zukunft gewinnen. Reden während der 11. verfassungsmäßigen Regierung]. Lissabon 1991, 275.

3 Uma estratégia de desenvolvimento. No encerramento do debate parlamentar sobre o Orçamento de Estado para 1990 [Eine Strategie für die Entwicklung. Am Ende der parlamentarischen Debatte über das Staatsbudget für 1990], 22.11.1989. In: ebd., 30.

4 Homenagem ao Gen. Firmino Miguel [Tribut an Gen. Firmino Miguel], Na cerimónia de condecoração a título póstumo com a Medalha de Ouro dos Serviços Distintos [Bei der posthumen Verleihungszeremonie der goldenen Medaille für herausragende Dienste], 04.03.1991. In: ebd., 117.

> Äußerungen vergewaltigt und unterdrückt worden wären. Sie wollten den Portugiesen eine staatliche Organisation und Lebensweise aufzwingen, welche gegen die ethischen, moralischen und kulturellen Werte, für die wir historisch stehen und die für uns grundlegend sind, verstößt.[5]

Beide Äußerungen sind absolut kohärent mit dem historischen Kontext, in dem sie entstanden sind. Die Implosion des Sowjetsystems in den späten 1980er-Jahren, in erster Linie der Fall der Berliner Mauer, verbunden mit dem wachsenden Rechtsruck in der Mehrheit der entwickelten Länder des Westens im Jahrzehnt zuvor, führten zu einer Neubelebung der methodischen Herangehensweise an die politische Realität, der Totalitarismustheorie, die nach Ansicht eines ihrer Kritiker »bewusst so gestaltet wurde, dass sie zu ihrer Zeit passte« – also den 1950er-Jahren als »[ihrem] Jahrzehnt«.[6] Vierzig Jahre später, ohne je ganz ihre ursprüngliche Verankerung an den Universitäten und in den politischen Denkfabriken des Westens verloren zu haben, sah die unmittelbare Zukunft für die Totalitarismustheorie äußerst rosig aus. Im Fall Portugals, wo sie vor 1989 keine maßgeblichen Anhänger gehabt hatte, stellte sie den passenden konzeptuellen Rahmen für die Art von politischer Instrumentalisierung von Geschichte dar, die sich auf kurzfristige Erklärungen eines notwendigerweise stockenden Übergangsprozesses konzentrierte, insbesondere für diejenigen, die versuchten, den Kalten Krieg als Bezugssystem für die Analyse der portugiesischen Entwicklungen zu verwenden.

In ihren Reden vom November 1989 benutzten sowohl Premierminister Cavaco Silva als auch General Carneiro die Totalitarismustheorie, um einen Zusammenhang zwischen dem Regime, gegen das die Ostdeutschen demonstrierten, und der revolutionären Periode in Portugal herzustellen. Sie konzentrierten sich unmittelbar auf das, was in ihren Augen deren gemeinsame ideologische Natur darstellte, anstatt dem methodologischen Ansatz dieser Theorie zu folgen und relevante formale Aspekte in der Struktur autoritärer Staaten in Betracht zu ziehen. Dies hätte sie darauf bringen können, andere Vergleichsmöglichkeiten zu bedenken. Zum Beispiel hätte man anhand von Vergleichsparametern wie dem Staatsapparat und dessen Verhältnis zur Gesellschaft und dem Einzelnen sowie der Dauer der historischen Erfahrung (die 48-jährige portugiesische Diktatur und die 40-jährige der DDR, anstelle der 18-monatigen portugiesischen Revolutionsperiode) die

5 Generale Soares Carneiro, »25 de Novembro« possibilitou a integração na Europa – afirmou Soares Carneiro [Der 25. November als eine Möglichkeit für die Integration Europas – bestätigt Soares Carneiro]. In: Diário de Notícias, 26.11.1989.

6 Bosworth, Richard J. B.: Explaining Auschwitz and Hiroshima. History Writing and the Second World War, 1945-1990. London-New York 1994, 24.

Parallelen zur Diktatur von 1926 bis 1974 in den Vordergrund stellen können, statt sich nur auf den Wortlaut ideologischer Erklärungen zu beziehen.

Wenige Monate später erklärte der Premierminister seine Interpretation der portugiesischen Revolution von 1974/75 samt seines sehr eigentümlichen Verständnisses ihrer historischen Rolle. Cavaco Silva sagte: »Portugal, das 1975 an der Schwelle zu einer marxistischen und kollektivistischen Diktatur stand, gelang ein in Europa bahnbrechender Sieg über das realsozialistische [sic] Modell. Ost[europäische] Völker können jetzt wichtige politische Lehren aus unserem hart erkämpften Übergangsprozess zur Demokratie und zum Fortschritt ziehen.«[7] Als er im März 1990 vor einem amerikanischen Publikum sprach, sagte der Premierminister: »[Ich] halte es nicht für übertrieben – diese Idee wird von führenden europäischen Denkern vertreten – zu sagen, dass der Übergang zur Demokratie in Portugal einen Prozess verkörpert, der irgendwie die meisten Ereignisse in Osteuropa vorweggenommen hat und im Augenblick auch noch inspiriert.«[8]

Cavaco Silva bezeichnete die Art »Regime, ähnlich dem der osteuropäischen Länder«, das seiner Ansicht nach »die Kommunisten ohne Erfolg versucht hatten, Portugal aufzuzwingen«,[9] als sowjetartig: »Eine linke Diktatur, die Portugal in ein kommunistisches Land verwandelt [hätte], nach dem Vorbild der sowjetischen Satellitenstaaten.«[10] Manchmal bezeichnete er den Zustand, in den Portugal verfallen wäre, »wenn die Kräfte der Mehrheit in der Zivilgesellschaft weiterhin von der militärischen revolutionären Macht unterdrückt worden wären« und die »egalitäre Illusion« Bestand gehabt hätte, aber auch als »Anarchie«.[11] Aus Sicht des sozialistischen Präsidenten Mário Soares – dem führenden Politiker, der sich 1975 der kommu-

7 A afirmação de Portugal no mundo [Portugals Durchsetzung in der Welt], at the Instituto de Defesa Nacional, 31.05.1990. In: Cavaco Silva, Ganhar o futuro (wie Anm. 2), 121.

8 New relationship between Europe and the USA [O novo relacionamento entre a Europa e os EUA], At the dinner of participants in the II Conference of the Wilson Center on Portugal, 25.03.1990. In: ebd., 300.

9 O fortalecimento das relações económicas externas. No jantar da Câmara de Comércio Hispano-Portuguesa [Ausländische Wirtschaftsbeziehungen stärken. Auf der Dinnerparty der spanisch-portugiesischen Handelskammer]. In: Cavaco Silva, Aníbal: Cumprir a esperança. Discursos proferidos durante a vigência do X Governo Constitucional. Lissabon 1987, 382.

10 Cavaco Silva, Aníbal: Autobiografia política. Bd. 1: O percurso até à maioria absoluta e a primeira fase da coabitação [Politische Autobiographie, Bd. 1: Der Weg zur Mehrheit und die erste Phase der Cohabitation]. Lissabon [2]2002 [[1]2002], 38.

11 O triunfo da ideia de Sá Carneiro para Portugal [Triumph der Ideen von Sá Carneiro für Portugal], At the ceremony celebrating Francisco Sá Carneiro, 19.12.1990. In: Cavaco Silva, Ganhar o futuro (wie Anm. 2), 150 f.

nistischen Strategie widersetzte – hatte die PCP »einen Versuch, die Macht an sich zu reißen«, ausgearbeitet, der das Ziel hatte, »eine Art kubanisches Regime«[12] aufzubauen. Dieser Versuch »gab dem Traum Nahrung, in einer Wiederholung des Sturms der Bolschewiken auf den Winterpalast von 1917 die Macht zu übernehmen. Cunhal träumte davon, der Lenin vom Ende des [20.] Jahrhunderts zu werden […].« Kein Wunder also, dass Cavaco Silva, der behauptete, »immer noch den Werten eines gesunden Nationalismus treu zu sein«,[13] gerne ins Gedächtnis rief, dass »die Portugiesen sich daran erinnern, dass die PS in der Vergangenheit gegen die totalitären Versuche der PCP, die Macht zu ergreifen, gekämpft habe und dass die PS die PCD für stalinistisch und anti-demokratisch gehalten habe«. Provozierend stellte sich Cavaco Silva die Frage: Nehmen die Sozialisten nicht länger »den schrecklichen Preis, den unser Land wegen der kommunistischen Dominanz nach dem 25. April 1974 zu zahlen hatte [zur Kenntnis]?«[14]

Einem Fremden, der 1989/90 plötzlich in Portugal gelandet wäre, hätte es scheinen müssen, als hätten die Portugiesen nicht das *Ende der Geschichte* erreicht und als wäre der Triumph der liberalen Demokratie nicht die Folge des Zusammenbruchs eines ein halbes Jahrhundert währenden autoritären Regimes gewesen – geführt von einem Mann, der ein paar Monate vor Hitlers Machtergreifung an die Regierung gekommen war –, sondern das Resultat der Überwindung einer kurzen, aber scheinbar traumatischen Diktatur des *realen Sozialismus* von 1974/75.

Die Instrumentalisierung der Geschichte durch die portugiesische Rechte

Erinnerungsdiskurse, die über bedeutende Zeiträume politischer und sozialer Unterdrückung im 20. Jahrhundert produziert werden, sind ein höchst relevanter und unvermeidbarer Teil der öffentlichen Debatte in modernen Gesellschaften. Darüber hinaus wird der öffentlichen Politik, die sich auf die Erinnerung an historische Phasen von Diktatur und Unterdrückung bezieht, offiziell das Ziel zugeschrieben, das kollektive Gedächtnis zu fördern und zu erhalten. Diese Erinnerungspolitik kann eine Reihe von moralischen, politischen und rechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen. Wenn ein Staatsmann Geschichte für seine eigenen politischen (wie auch kulturellen und symbolischen) Zwecke instrumentalisiert und sozial bedeutsame historische

12 Soares at the American Club, Lisbon. In: Jornal de Notícias, 30.11.1990.
13 Cavaco Silva, Homenagem ao Gen. Firmino Miguel (wie Anm. 4).
14 Cavaco Silva, A estabilidade política (wie Anm. 2), 75.

Erinnerung in den Bereich des Politischen einfließen lässt, dann trägt er notwendigerweise seinen Teil zur staatlichen Erinnerungspolitik bei.

Dieser Aufsatz soll verdeutlichen, was der Bruch mit der Vergangenheit 1989 im spezifisch portugiesischen Prozess der sozialen (Re-)Konstruktion von Erinnerung an die autoritäre Erfahrung bedeutete, nämlich das Herunterspielen der Diktatur Salazars und die Überbewertung und Manipulation der postautoritären revolutionären Erfahrung. Dabei wird der Fokus ausschließlich auf dem Verhalten der politischen Führer und Intellektuellen aus der portugiesischen Rechten liegen, um deren spezifisches Verhältnis zu dem reaktionären, ultrakonservativen und faschistoiden, 48 Jahre andauernden Regime zu verstehen, das über Portugal, die Portugiesen und Millionen von Afrikanern und Asiaten geherrscht hat. Der Hauptgrund, ausgerechnet die spezifisch rechte Herangehensweise an die Geschichte zu wählen, besteht in der Tatsache, dass diese ein Jahrzehnt nach dem Ende der Diktatur die politische und meines Erachtens auch kulturelle Hegemonie in der portugiesischen Gesellschaft errungen hat. 1989 erscheint dabei als Mittelpunkt einer zehn Jahre andauernden erfolgreichen rechten Regierungszeit (1985-1995) unter der Führung von Cavaco Silva. Dies war die längste Regierungsperiode seit Salazar die Macht abgegeben hatte, und sie zeitigte die am längsten währenden Folgen in der jüngeren kollektiven Erfahrung Portugals als Nation.

Da die führenden Köpfe der portugiesischen Rechten mit Blick auf einen unangenehmen Teil der Vergangenheit – die Ära Salazar – einen angeborenen Sinn für Kontinuität hatten, ist es nur folgerichtig, dass sie es, zumindest bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts, immer vorgezogen haben, zur 40-jährigen Diktatur und zum 13-jährigen Kolonialkrieg (1961-1974), der das Ende des *Estado Novo* brachte, zu schweigen.[15] Die gesamten kulturellen und sozialen Verhältnisse dieser Zeit (von den späten 1970er- bis zu den frühen 1990er-Jahren), die auf das Ende der Revolution von 1974/75 folgten – Rezession, Dekolonisierung, der Aufstieg der postindustriellen Gesellschaft und die strukturellen Probleme einer Ökonomie, die einen tief greifenden Anpassungsprozess nach dem Ende einer korporativ kontrollierten Wirtschaft durchlief, sowie die Aufkündigung der strategischen Allianz zwischen dem autoritären Staat und den großen Finanzgesellschaften –, erlaub-

15 Für eine allgemeine Bewertung des autoritären Regimes in Portugal von 1926-1948 vgl. u. a. Rosas, Fernando: Portugal e o Estado Novo (1930-1960) [Portugal und der Estado Novo (1930-1960)] (= Nova História de Portugal. Bd. 12). Hg. v. Joel Serrao, A. H. de Oliveira Marques. Lissabon 1992; Rosas, Fernando: O Estado Novo (1926-1974). (= História de Portugal. Bd. 7). Hg. v. José Mattoso. Lissabon 1994; Cruz, Manuel Braga da: O Partido e o Estado no Salazarismo [Die Partei und der Staat unter Salazar]. Lissabon 1988; Meneses, Filipe Ribeiro de: Salazar. Uma biografia política [Salazar. Eine politische Biografie]. Lissabon 2010.

ten es den wirtschaftlichen und politischen Eliten (in diesem Fall sowohl den Sozialisten als auch den Rechten) praktisch einstimmig die *unverantwortlichen Wagnisse* der Revolution für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Wie so oft in postautoritären Gesellschaften gewann die Erinnerung an kürzlich stattgefundene politische Auseinandersetzungen (im Falle Portugals die Revolution und die Dekolonisierung) die Oberhand über die Erinnerung an Ereignisse, die 15 (Kolonialkrieg und massive Auswanderung), 30 (weitgehende Täuschung der Öffentlichkeit bei der betrügerischen Wahl von 1958) oder 50 Jahre (starke Repression in den frühen Jahren der Herrschaft Salazars) zurücklagen. Diese Konstellation versetzte die portugiesischen Konservativen in die Lage, eine politisch motivierte Diskussion über das 18-monatige *negative* Erbe der Revolution durchzusetzen, statt über das Vermächtnis der 48-jährigen Diktatur des *Estado Novo* zu diskutieren, zumindest solange die Debatte über Salazar, Caetano, die politische Polizei, Korporatismus oder den Krieg in Afrika nicht vermieden werden konnte.

1989 markiert tatsächlich einen entscheidenden Moment, nämlich die Erkenntnis, dass eine Art *Deckerinnerung*[16] erzeugt worden war, die jede Debatte über die Jahre 1926-1974 verhinderte, die nicht auch die Revolution von 1974/75 diskutierte, so als wären beide Zeitabschnitte historisch oder politisch vergleichbar, als hätten beide ein historisch globales Phänomen hervorgebracht, welches man legitimerweise ein *Regime* nennen könnte, und als ob die beiden vergleichbare Konsequenzen für die portugiesische Gesellschaft gehabt hätten. Für einen bedeutenden Teil dieser Gesellschaft, zumindest eindeutig für deren konservative Vertreter, hatte die Revolution, aus der die Demokratie hervorging, die Tür zu einer *marxistischen/kommunistischen/kollektivistischen/totalitären* Diktatur, die schlimmer als Salazars gewesen war, geöffnet bzw. war sie mit einer solchen identisch. Vasco Graça Moura fasste es am 20. Jahrestag des 25. April 1974 so zusammen: »Die Revolution setzte nicht die Freiheit ein. Sie stürzte ein autoritäres Regime, versuchte aber an dessen Stelle ein totalitäres Regime zu errichten.«[17] Mit anderen Worten:

16 Henry Rousso spricht von der französischen Befreiung als einer »souvenir écran« (Deckerinnerung), die die Erinnerungen an die französische Niederlage von 1940 und die deutsche Besatzung zurückdrängt. Rousso, Henry: Le syndrôme de Vichy. De 1944 à nos jours. Paris 1990.

17 Moura, Vasco Graça: Portugal e o passado [Portugal und die Vergangenheit]. In: Diário de Notícias, 10.04.1994. Moura war einer der prominentesten rechten Intellektuellen im Jahrzehnt der Regierung Cavaco Silva. Er wurde von der Regierung unter anderem zum Leiter des nationalen Komitees zur Erinnerung an die portugiesischen Entdeckungen (1988-1995) und des Komitees für die portugiesische Teilnahme an der Weltausstellung in Sevilla (1988-1992) ernannt. Moura war in den Jahren 1975/76 bereits Mitglied in zwei provisorischen Regierungen gewesen.

Eine Diktatur wurde durch eine andere ersetzt, so wie es nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen, der Tschechoslowakei oder Ostdeutschland passiert war. Aus dieser Sichtweise sei in Frankreich und Italien nur durch das Fernhalten der Kommunisten von der Macht eine weitere Sowjetisierung verhindert worden.

Wenn man derartige Konstellationen im weiteren Verlauf der Geschichte betrachtet, findet man immer wieder überraschende Ähnlichkeiten im Gesamtbild. Ein Beispiel dafür ist der Prozess der Erinnerungsrekonstruktion in Chile in den frühen 1990er-Jahren nach der Ära Pinochet. In diesem Fall beschrieben im Februar 1991 die Streitkräfte in ihrer Antwort an Präsident Aylwin, dem sogenannten »Rettig Report« des nationalen Komitees für Wahrheit und Versöhnung, ihre eigene Sicht auf den Staatsstreich vom September 1973. Sie sahen in diesem eine *präventive* Handlung, um »einen revolutionären Bürgerkrieg im Larvenstadium zu verhindern«.[18] Dabei verwendeten sie eine ähnliche Sprache wie Franco in seinen Erklärungen für den militärischen Aufstand gegen die demokratische Regierung der spanischen Republik vom 18. Juli 1936. Hier liegt übrigens auch die Krux der ganzen neo-franquistischen spanischen Literatur über die Mitverantwortung der Sozialisten, Kommunisten und Republikaner für den Bürgerkrieg von 1936-1939 und damit für die ganze franquistische Repression.

In allen vier Fällen (Frankreich, Italien, Spanien und Chile) verwenden rechte Erinnerungsdiskurse (manchmal vermittelt durch die Geschichtsschreibung) Konzepte wie *Diktatur* und *Revolution* für kurze, politisch intensive Phasen, in denen starke kommunistische Parteien für eine gewisse Zeit Teil von großen antifaschistischen Koalitionen, die Partner aus verschiedenen politischen Lagern versammelten, waren. Diese Koalitionen hatten entweder eine gemeinsame oppositionelle Haltung zu einer vorangegangen faschistischen Diktatur (Mussolini), zu einem faschistoiden Regime (Pétain) oder ein gemeinsames radikal progressives Programm (Allendes Chile oder das republikanische Spanien), welches eine gewaltsame rechte Reaktion nach sich zog. In solchen Fällen – das gilt auch für Portugal – fühlen sich die Teilnehmer der Erinnerungsdebatte über eine lange währende diktatorische Erfahrung (mit Ausnahme Frankreichs) veranlasst, die politische Natur entweder der vorhergehenden historischen Erfahrungen (im Fall von Chile und Spanien), gegen die die autoritären Kräfte vorgegangen waren, oder die postautoritären Übergangsperioden (Frankreich, Italien und Portugal), die

18 Chilean Army to National Security Council of Chile zitiert nach Ensalaco, Mark: Chile bajo Pinochet. La recuperación de la verdad [Das Wiedergewinnen der Wahrheit]. Madrid 2002, 321.

es den Gesellschaften ermöglicht hatten, die Diktatur zu überwinden, in die Diskussion einfließen zu lassen.

Diese zwei Vorgehensweisen tauchen auch in der Instrumentalisierung der Geschichte des 20. Jahrhunderts durch die portugiesische Rechte auf. So wurde nicht nur die postautoritäre Revolution von 1974/75 durch die inneren Instanzen der politischen Macht als eine *totalitäre* Erfahrung beschrieben, die *schlimmer* war, als die autoritäre, die ihr voranging, sondern es wurde bzw. wird noch – wenn man die beachtliche Anzahl an öffentlichen Würdigungen rund um das Gedenken zum hundertjährigen Jubiläum der Portugiesischen Republik in Betracht zieht – die antiklerikale und jakobinisch-progressive Erste Republik (1910-1926) entsprechend als Diktatur dargestellt. Nach Rui Ramos, einem führenden Historiker dieses intellektuellen Zirkels, handelte es sich um eine Diktatur, gleichwohl als Demokratie getarnt, da die Republikaner »sich selbst als Repräsentanten des Volkes betrachteten«,[19] und um einen »revolutionären Staat«,[20] wobei das Adjektiv »revolutionär« als Äquivalent zu »totalitär« verstanden wird. Dieser Staat habe sich einer »gewalttätigen kulturellen Transformation« der portugiesischen Gesellschaft verschrieben und habe einen wahren »Kulturkrieg«[21] geführt, in dem der »›Antijesuitismus‹ in der Tat als das portugiesische Äquivalent des Antisemitismus fungierte, welcher vom Ende des 19. Jahrhunderts an eines der Hauptthemen der Massenpolitik in Österreich und Deutschland geworden war«.[22] Dies war, bezogen auf die Geschichtsschreibung oder, genauer gesagt, die politischen Kontroversen über die Geschichte, nicht neu für die portugiesischen Debatten. Salazar selbst (zusammen mit Generationen von Monarchisten und allen Arten von konservativen und katholischen Intellektuellen) hatte jede Kritik an der autoritären Natur seines Regimes dadurch gekontert, dass er den portugiesischen Liberalismus als Diktatur beschrieb, sowohl unter der konstitutionellen Monarchie von 1820 bis 1910 als auch während der Ersten Republik von 1910 bis 1926. »Wir leben nicht

19 Ramos, Rui: O fim de Salazar [Salazars Ende]. In: O Independente, 26.09.2003.

20 Ders.: Foi a Primeira República Portuguesa um Regime Liberal? Para uma caracterização política do regime republicano português entre 1910 e 1926 [War die Erste Portugiesische Republik ein liberaler Staat? Das politische System der Ersten Portugiesische Republik zwischen 1910 und 1926]. In: Elites e Poder. A Crise do Sistema Liberal em Portugal e Espanha, 1918-1931. Hg. v. Manuel Baioa. Lissabon 2004, 187-248.

21 Ders.: Idade Contemporânea (séculos XIX–XXI) [Die Gegenwart: 19.-21. Jahrhundert]. In: História de Portugal. Hg. v. Dems. Lissabon ^{4}2010, 437-777, hier 585, 596.

22 Ders.: A Segunda Fundação (1890-1926) [Die Zweite Gründung (1890-1926)]. (= História de Portugal. Bd. 6). Hg. v. José Mattoso. Lissabon 1994, 406.

in einer Diktatur«, sagte er im Mai 1945, kurz nach dem Sieg der Alliierten in Europa, im Gegenteil:

> Vor uns und über Dutzende von Jahren […] nahm das politische Leben üblicherweise die Form von Diktaturen an und wir konnten sehen, wie sie sich abwechselten oder aufeinanderfolgten, fast endlos in verschiedenen Ausformungen: die Diktatur der Regierungen – immer die Beste; die der Parteien – die unvernünftigste von allen; die der Straße – die turbulenteste und tragischste.

Es ist sehr aufschlussreich, Salazars Worte von 1940, mit denen er die Erste Republik beschrieb, und Cavaco Silvas Formulierungen zur Charakterisierung der revolutionären Situation von 1974/75 ein halbes Jahrhundert später zu vergleichen:

> Absturz der Finanzen und der Währung, ruinöse Ökonomie, Angriff auf den Besitz, Unordnung in den Straßen und den Köpfen, Ermordung der politischen Feinde und von renommierten Militärs, Beleidigung und Belästigung von ehrlichen Bürgern auf Plätzen und in Gefängnissen, antireligiöse Kampagnen, ›Volksjustiz‹, Disziplinlosigkeit und das Untergehen der staatlichen Organe, das herablassende Gelächter der Welt angesichts der glorreichen jahrhundertealten Nation, die scheinbar nicht willens war, in Frieden zu leben, und die noch nicht einmal Revolutionen zustande brachte, sondern nur blutige Ausschreitungen.[23]

Zwei *Diktaturen*?
Der *Estado Novo* (1926-74) und die revolutionäre Periode (1974/75)

Unter der Herrschaft Salazars entstand der *Estado Novo*, konsolidierte sich und durchlief während der *Ära des Faschismus* bis in die frühen 1940er-Jahre einen offensichtlichen »Faschistisierungsprozess«. Aus einer Koalition sämtlicher rechter Kräfte resultierend, die sich zum Sturz einer der ersten republikanischen Regimes in Europa, der Ersten Portugiesischen Republik (1910-1926), zusammengefunden hatten, entwickelte sich der Salazarismus sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem halb-peripheren Fall eines faschistischen Regimes. Das Ausmaß der Repression war dem faschistischen Italien vor 1940 ähnlich und in den Kolonien härter als in der Metropole. Obwohl es auf internationaler Ebene nur sehr oberflächlich erforscht

23 Salazar, Oliveira: Discursos e Notas Políticas. Bd. 4 (1943-1950) [Politische Reden, Bd. 4 (1843-1950)]. Coimbra 1951, 118 f. [Rede von 1945]; Ebd., Bd. 3 (1938-1943), Coimbra 1943, 202 [Rede von 1940].

wurde, wird das portugiesische Regime stets in der Analyse der faschistischen Erfahrungen herangezogen und üblicherweise schnell und einseitig als Ausnahme eines bewusst nicht-faschistischen, reaktionären Regimes abgehandelt.[24] Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte es sich fast ohne internationale Ablehnung durch den Westen zu einem ökonomisch modernisierenden Autoritarismus. Schließlich scheiterte das Regime an seiner eigenen militärischen Reaktion auf die antikolonialen Rebellionen in seinen Kolonien in Afrika (1961-1975). In den sechs letzten Jahren des diktatorischen Regimes (1968-1974) ersetzte Marcello Caetano den erkrankten Diktator. Caetano führte das Land durch eine widersprüchliche Phase, die von einer gewalttätigen und repressiven Agonie des autoritären Regimes, einem starken ökonomischen Wachstum (bis zur Ölkrise von 1973), dem Krieg in den Kolonien, einer massiven Emigration (1,4 Millionen von 1961 bis 1973) und sozialen wie auch politischen Unruhen geprägt war. Aus dieser Situation entwickelte sich die Verschwörung des Militärs, die von jungen Offizieren des *Movimento das Forças Armadas* (Bewegung der Streitkräfte, MFA) angeführt wurde und die dem *Estado Novo* am 25. April 1974 ein Ende setzte und den Weg für eine politische und soziale Revolution frei machte.

Nach 13 Jahren Krieg in drei afrikanischen Territorien (Angola, Guinea-Bissau, Mosambik) verschwor sich fast eine ganze Generation von jungen Armeehauptleuten zwischen Ende zwanzig und Anfang dreißig, die in der MFA organisiert waren. Ihre Anliegen waren zunächst nur professioneller Natur, doch daraus entwickelte sich im Verlauf des Herbstes 1973 und des Winters 1973/74 das Vorhaben, das ganze Regime zu stürzen. Am 25. April 1974 fiel das Regime, fast ohne dass ein einziger Schuss von den aufständischen Truppen abgefeuert worden war, in die Hände dieser politisch unerfahrenen jungen Offiziere, die zwei der ranghöchsten Armeegeneräle – António de Spínola und Francisco da Costa Gomes – baten, die Macht zu übernehmen. Sie riefen auch demokratische Oppositionsführer auf, sich

24 Für einen Ansatz, der den Salazarismus als autoritär, aber nicht faschistisch betrachtet, siehe Howard Wiarda, Philippe Schmitter, Stanley Payne, Pierre Milza, Hipólito de la Torre, Yves Léonard. Unter den portugiesischen Wissenschaftlern: Manuel Braga da Cruz, António Costa Pinto, João Medina, António Telo sowie aktueller Filipe Ribeiro de Meneses. Für einen Ansatz, der »autoritär« und »faschistisch« zusammen denkt, s. Enzo Collotti und D.L. Raby. Unter den Portugiesen: Manuel Villaverde Cabral, Hermínio Martins (in den sehr wenigen Schriften, in denen er das Thema untersucht hat), Manuel de Lucena (bis in die 1990er-Jahre), Fernando Rosas, Luís Reis Torgal, João Paulo Avelãs Nunes, João Arsénio Nunes, Luís Bensaja dei Schirò und den Autor selbst: Loff, Manuel: »O nosso século é fascista!« O mundo visto por Salazar e Franco (1936-1945) [»Unser Jahrhundert ist faschistisch!«. Die Welt nach Salazar und Franco. (1936-1945)]. Oporto 2008.

an der Regierung zu beteiligen und öffneten, vor allen Dingen, die Schleusen für eine politische Beteiligung. Auf diese Weise improvisierten sie einen Übergangsprozess zur Demokratie, der sich zwangsläufig zu einer sozialen, politischen und kulturellen Revolution entwickelte. Sieben Monate nach Pinochets Putsch gegen Allendes Volksfrontregierung in Chile war die Welt erstaunt über die demokratischen Bestrebungen der jungen portugiesischen Militärs.

Der Übergang zu einer komplett institutionalisierten Demokratie dauerte zwei Jahre und endete mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung. Diese zwei Jahre, oder genauer gesagt die 18 Monate bis zum November 1975, werden seitdem die revolutionäre Periode genannt. Bereits im Sommer 1974 waren die meisten der politischen Erwartungen der MFA von einer überraschend starken Volksbewegung überholt worden. Dies ist besonders bemerkenswert, wenn man sich den westeuropäischen Kontext vor Augen führt, wo 1968 schon lange vorbei war und die internationale Ölkrise die linken sozialen Bewegungen bereits in die Defensive gedrängt hatte. Die portugiesische Gesellschaft durchlief einen massiven politischen Beteiligungsprozess, der historisch unvergleichbar war, sowohl bezogen auf die Zeit davor als auch danach. Auf lange Sicht sollte sich die politische Mobilisierung zwar nicht als dauerhaft erweisen, aber es bleibt ein Faktum, dass kein anderer Wahlgang in Portugal je wieder die Beteiligung von 91,2 Prozent bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung von 1975 erreichte, als zum ersten Mal in der portugiesischen Geschichte das universelle Wahlrecht eingeführt wurde und jeder Bürger über 18 wählen durfte.

Eine noch intensivere revolutionäre Phase entfaltete sich zwischen Spínolas gescheitertem rechtem Putschversuch vom 11. März 1975 und dem siegreichen antikommunistischen Putsch vom 25. November desselben Jahres. Nach diesem wurde eine nennenswerte Zahl linker Offiziere des Militärs für einige Monate verhaftet und alle wichtigen militärischen und politischen Einrichtungen, die noch immer von Personen links der Sozialisten geleitet wurden, wurden von rechten oder moderat sozialistischen Offizieren und zivilen Führern übernommen.

Der antiautoritäre Militärputsch der MFA im April 1974, führte umgehend zu einem revolutionären, politischen Bruch mit der Vergangenheit und so unvermeidlich zu einem fast vollständigen Austausch der politischen und institutionellen Elite. Von der neuen politischen Macht wurde zunächst erwartet, dass sie hart gegen diejenigen durchgreifen würde, die während der Diktatur für repressive Taten verantwortlich gewesen waren. Es wurde allerdings bald deutlich, dass dies nicht der Fall sein würde. Der politische und soziale Prozess lief während einer schweren ökonomischen Krise ab (die Ölkrise von 1973, Stagflation, Rückgang der Exporte und der Investitionen).

Die Reaktion der Wirtschaftselite auf eine soziale Bewegung, die sie nicht länger durch staatlichen Zwang kontrollieren konnte wie unter der Diktatur des *Estado Novo*, war klassisch: Aussperrungsstrategien, Dekapitalisierung und illegaler Export von Kapital. In diesem Zuge flohen Hunderte von Unternehmern ins Ausland, hauptsächlich um im diktatorischen Spanien Francos und Brasilien oder im von der Apartheid geprägten Südafrika und Rhodesien Schutz zu suchen. Manchmal gelangten sie aber auch nach Großbritannien und in die Schweiz, wo sie oft mit offizieller oder halboffizieller Unterstützung einen Teil ihres früheren Reichtums wiederherstellen konnten. Als sich im Frühjahr 1975 abzeichnete, dass die politische Entwicklung aus ihrer Sicht verloren war, kamen die Führer der »Glorreichen Sieben«, d. h. die Besitzer von sieben großen Firmen aus der Zeit vor 1974, mit einem repräsentativen Teil des nordportugiesischen Mittelstands zusammen, um die wenigen bewaffneten Bewegungen aktiv zu unterstützen, die sich innerhalb und außerhalb Portugals zur Bekämpfung der revolutionären Entwicklungen organisiert hatten, die legalen rechten Parteien und – unter diesen besonderen Umständen – auch die sozialistische Partei von Soares,.

Ende August 1975, nach dem Sturz des letzten Kabinetts, das vom prokommunistischen Premierminister General Vasco Gonçalves angeführt wurde, wurden die linksradikalen Kräfte (PCP, Maoisten, Trotzkisten und progressive Katholiken und der linke Flügel der Macht habenden Militärs), die nie in der Lage oder daran interessiert gewesen waren zusammenzuarbeiten, von ihren Gegnern überrannt. Diese bestanden aus einer Koalition moderater Sozialisten (die im April die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung gewonnen hatten), allen rechten Parteien, der katholischen Hierarchie und einer widersprüchlichen Mischung militärischer Führer, von moderat linken bis zu ultrarechten Neo-Salazaristen, und sie hatten die Unterstützung der amerikanischen und westeuropäischen Regierungen. Mit dem Staatsstreich vom 25. November sollte der revolutionäre Prozess beendet werden, obwohl die Kommunistische Partei Teil der breiten Koalition blieb, die bis Juli 1976 die letzte provisorische Regierung bildete, und die wichtigsten Veränderungen, die in der Industrie, dem Bankwesen und dem Landbesitz eingeführt worden waren, bestanden weiterhin. Tatsächlich erfolgte, wie immer, wenn soziale Spannungen unvermeidliche, politisch-militärische Konsequenzen nach sich zogen, wie am 28. September 1974 und vor allem am 11. März 1975 – beides bewaffnete Versuche der extremen Rechten, den revolutionären Wandel zu unterbinden –, in der Politik der Regierung und der militärischen Führung ein starker Linksruck. Daraus ging ein auf der Verstaatlichung von »großen Firmen« basierendes »ökonomisches Modell« hervor, eine Agrarreform, die im südlichen Teil des Landes (Alentejo und einige Gegenden in Ribatejo und Beira Baixa) durch die Besetzung großer

Ländereine durch Bauern bereits im Entstehen begriffen war, eine »statische Zentralisierung der ökonomischen Planung, eine soziale Verteilungspolitik bezogen auf Löhne, Preise, Sozialversicherung, Kredite und öffentliche Investitionen« gekennzeichnet war.[25] Es muss ausdrücklich betont werden, dass es 1975 eine breite Mehrheit für die Verstaatlichungen gegeben hatte, die sich von den Sozialisten (PPD[26]/PSD) und den Rechten bis zur Kommunistischen Partei erstreckte. Aus moderater und konservativer Perspektive war es besser, wenn der Staat in die Privatwirtschaft eingriff, zumal die Firmenbesitzer systematisch von der unnachgiebigen Arbeiterbewegung befragt oder sogar schikaniert wurden, als wenn diese Firmen in den Händen der Arbeiterkomitees belassen worden wären, die üblicherweise die Leitung übernahmen, sobald die Besitzer aus dem Land geflohen waren und das Geld und die Ausrüstung mitgenommen hatten.

Trotz seiner politischen Instrumentalisierung der Geschichte, indem er eine totalitäre Interpretation des sozialen und politischen Prozesses von 1974/75 in Portugal annahm, war Cavaco Silva nie daran interessiert gewesen, besondere historische und politische Lehren aus dem autoritären und korporatistischen Regime des *Estado Novo* abzuleiten. Damit verhielt er sich wie die meisten rechten politischen Führer, Intellektuellen und führenden Meinungsbildenden aus der Wirtschaft, die in historischen Phasen der ökonomischen Prosperität sehr häufig eine allgemeine Entwertung der Vergangenheit, sowohl auf symbolischer als auch instrumenteller Ebene, betreiben und nur dann eine Ausnahme machen, wenn sich historische Argumente ausdrücklich gegen ihre eigenen politischen Projekte oder ökonomische Politik richten.

Warum über Salazar diskutieren, wenn wir über die Revolution reden sollten?

Der portugiesische (und letztendlich auch der spanische) Prozess der Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit seit den 1970er-Jahren ist offenkundig von großem Interesse, weil er sich zu einer Zeit entwickelte, als andere europäische Gesellschaften mit dem Phänomen der *retour du refoulé* (Rückkehr des Verdrängten) konfrontiert waren: der drit-

25 Viegas, José Manuel Leite: Elites e cultura política na história recente de Portugal [Eliten und die politische Kultur in der portugiesischen Zeitgeschichte]. Oeiras 1996, 139.

26 1974 als PPD (Partido Popular Democrático) begründet, nannte sich die Partei ab Oktober 1976 PSD.

ten und vierten Phase der Nachkriegserinnerung (nach Rousso) an den Nationalsozialismus, Holocaust und die Kollaboration. Die Auseinandersetzungen der späten 1970er- und 1980er-Jahre über Versuche der Historisierung des Nationalsozialismus und des Holocaust geschahen, grob gesagt, zeitgleich mit der Portugiesischen Revolution (1974-1976), dem spanischen Übergang zur Demokratie (1976-1978) und damit den ersten Phasen der iberischen Demokratien.

Nach einer Befreiung der Erinnerung in der ersten Phase (1974-1976) vollzog sich in den Jahren von 1976 bis 1994 eine politische und soziale Entwertung des Widerstands gegen die Diktatur und dessen politischen Programms. Der spezifische kulturelle und politische Kontext von 1989 bis 1991, als Liberale und Konservative das revolutionäre Erbe attackierten, war offensichtlich zentral in diesem Prozess. Von Bedeutung waren aber auch eine neue gesellschaftliche Moralität, die aus der ökonomischen Krise hervorgegangen war, sowie die politische Verbitterung all jener sozialen Gruppen, die durch die Revolution Privilegien und/oder Besitz eingebüßt bzw. deren Leben ganz allgemein an Stabilität verloren hatte und die deshalb Demokratie nicht mit Wohlstand und Wohlbefinden assoziieren konnten. Was in der Literatur und dem politisch hegemonialen Diskurs zu Portugals jüngster Geschichte meist als »demokratischer Normalisierungsprozess« beschrieben wird, wurde seit 1975 von einer breiten politischen Plattform umgesetzt, in welcher sich sozialistische und rechte Parteien (PSD und Centro Democrático e Social, CDS) versammelten. Sie wählten 1976 einen konservativen, traditionellen Militäroffizier zum Präsidenten, Gen. Ramalho Eanes, und sie verschrieben sich der Abschwächung der Auswirkungen der sozialistischen Prinzipien, die in der Verfassung von 1976 festgelegt worden waren, obwohl diese von den beiden wichtigsten Parteien, der PS und der PSD, zusammen mit den Kommunisten und den linksradikalen Bewegungen angenommen worden war.

Die Kommunisten, die an allen provisorischen Regierungen bis zur Annahme der neuen Verfassung beteiligt gewesen waren, wenn auch nie tonangebend, sollten nie wieder an die Macht zurückkehren. Mit einer einzigen Ausnahme des Lissaboner Stadtrats zwischen 1989 und 2001 sind die portugiesischen Sozialisten nie irgendeine Art Koalition mit anderen linken politischen Bewegungen eingegangen – obwohl es ihnen vor allem ab Mitte der 1980er-Jahre wie in vielen anderen Ländern gelungen war, Kommunisten und linksradikale Dissidenten zu integrieren. Sie zogen es nach 1976 vor, Minderheitsregierungen zu bilden oder sogar Koalitionen mit rechten Parteien einzugehen, entweder mit der CDS wie 1978 oder mit der PSD wie 1983-1985, beide Kabinette standen unter der Führung von Mário Soares.

Der Rückzug der Revolution führte bald zu einer katastrophalen Krise in fast allen linksextremen Organisationen, in den maoistisch orientierten, aber

auch und besonders in denen, die aus der katholischen Bewegung gegen Salazar hervorgegangen waren. Eine große Anzahl ihrer jungen Aktivisten der Jahre 1974/75 nahm schon in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren eine sehr affirmative und liberale Position ein und startete eine Karriere in den Medien und an der Universität oder nahm diese erneut auf. Auch wenn die ersten Zeichen einer internen Krise der PCP erst nach dem Fall der Berliner Mauer auftraten, gab es bereits Mitte der 1980er-Jahre ehemalige Maoisten in wichtigen Positionen der zwei führenden Parteien (PS und PSD) oder in Firmen, die im Privatisierungsprozess reorganisiert worden waren. Eine beträchtliche Anzahl hatte bereits in Cavaco Silvas Kabinett und auf den Regierungsbänken im Parlament Platz genommen. Das beste Beispiel dafür ist sicherlich der amtierende Präsident der Europäischen Kommission, José M. Durão Barroso.

In solch einer politischen und kulturellen Atmosphäre konnte man kaum erwarten, dass der anti-salazaristische Widerstand Zustimmung erhielt. 1994, mitten in einer harten Auseinandersetzung über den 20. Jahrestag der Revolution, erinnerte sich die liberale Nachrichtensprecherin Helena Sanches Osório, »vor einigen Jahren im Parlament [gehört zu haben], wie die Kommunisten für die in ihren Reihen sitzenden so etwas wie ›200 Jahre Gefängnis‹ [in der Diktatur] forderten, was von den anderen Abgeordneten mit Lachen und Witzen quittiert wurde. Die tatsächlichen Opfer standen dort in Fleisch und Blut, echte Märtyrer unvorstellbarer Leiden.« Osório hielt die »Empörung« der Linken von 1994 über das, was zu dieser Zeit als die Negation der Verbrechen Salazars bezeichnet wurde, für unverhältnismäßig und betonte, dass sie »früher nie aufbrausende Artikel gegen solch eine Beleidigung« gesehen oder gelesen hätte.[27]

Tatsächlich verloren die Macht habenden politischen Kräfte bereits am Ende der 1970er-Jahre das Interesse an einer Diskussion über Salazar, Caetano und deren Regime: Die Sozialisten, die sich einem moderaten Diskurs verschrieben hatten, feierten die Revolution weder als sie in der Regierung waren (1976-1978 und 1983-1985) noch als Opposition zu den ersten rechten Regierungen (1979-1983 und 1985-1995), noch setzten sie sich mit der Erinnerung an die Diktatur auseinander, weil ihnen das als zu linksradikal erschien. Die rechten Parteien fanden die ganze Debatte peinlich und beschrieben sie als uninteressant und als unwichtig für die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung. Schließlich rekrutierten sich deren Führer zu einem gewissen Anteil aus der zweiten und dritten Generation der Familien, die im *Estado Novo* die höchsten Ämter innegehabt hatten. Ihre Wählerschaft stammte

27 Osório, Helena Sanches: Um pide em debate sobre a Pide [Ein PIDE-Agent in der Debatte zur PIDE]. In: Expresso, 23.04.1994.

aus konservativen gesellschaftlichen Gruppen, die grundsätzlich positive Erinnerungen an die Jahre unter Salazar und Caetano pflegten. Entsprechend spielt das historische Vermächtnis des breiten Konsenses der gesellschaftlichen Elite zu Salazar und seinem politischen Paradigma immer noch eine zentrale Rolle bei dem, was man als die Zwiespältigkeit der heute dominierenden gesellschaftlichen Gruppen in Portugal gegenüber der Erinnerung an die Diktatur und ihr eigenes Handeln in den letzten 15 Jahren des Regimes (1960-1974) beschreiben könnte. Diese offenkundige Kontinuität (Familienbande, Klassenzugehörigkeit) eines sehr bedeutenden Teils der sozialen, ökonomischen und kulturellen Elite vor und nach 1974 – tatsächlich ein weitverbreitetes Phänomen in postdiktatorischen Gesellschaften – stellt einen wichtigen Faktor dar, wenn man den Diskurs in den oberen Klassen zu den Jahren der Diktatur bewerten will. Das bezieht sich nicht nur auf diejenigen, die eine Nähe zur ideologischen Natur des vergangenen Regimes verspüren, sondern vielmehr auf diejenigen, die ihre feindliche Einstellung zu diesem betonen und zugleich dazu neigen, ihre Verwandten oder Familienangehörigen – man könnte sagen im Großen und Ganzen ihre Klasse – aus dem negativen Kern der vergangenen Erfahrung herauszuhalten.

Interessanterweise beklagte sich vor einigen Jahren Diogo Freitas do Amaral, historisch betrachtet ein Ausnahmefall unter den konservativen Führern in Portugal, nach zwei Jahrzehnten der Leitung einer der beiden wichtigsten rechten portugiesischen Parteien, sogar der konservativeren und elitäreren von beiden, über die Intoleranz der portugiesischen Rechten in Bezug auf die Erinnerung an Salazar und den Salazarismus. Er sagte, aus deren Perspektive »ist es nicht erträglich, dass ein angeblich Rechter«, so wie er, »das Regime oder diese Ära [der portugiesischen Geschichte] kritisiert«. Amaral sagte: »[Ich war] überzeugt gewesen, aber – wie ich nun denke – fälschlicherweise, dass eine große Mehrheit der portugiesischen Rechten aufrichtig zu einer demokratischen Rechten geworden war.«[28]

In diesem Zusammenhang ist es bedeutend zu bemerken, dass einige die zehn Jahre (1985-1995), in denen Portugal von Cavaco Silva regiert wurde – heute als »Cavaquismus« bezeichnet –, als eine Art Demokratisierung von Marcello Caetanos autoritärem Modernisierungsprojekt für Portugal interpretieren. Es war zuerst der Soziologe Villaverde Cabral, aber auch die Historiker Fernando Rosas und Vasco Pulido Valente (aus völlig unterschiedlichen politischen Lagern) und der Jura-Professor Sousa Franco, die dies als »demokratisierten Marcelismus« (*marcelismo democratizado*) bezeichneten: ein »autoritärer Reformismus, die Suche nach einer anhaltenden Vorherrschaft

28 Margarida Marante entrevista Diogo Freitas do Amorla [Diogo Freitas do Amorla im Gespräch mit Margarida Marante]. In: Notícias, 09.03.2003.

der Macht und seine Identifikation mit der neuen politischen Klasse« – den Begriff hat Franco gewählt – »und den Neureichen, mit einem breiten populistischen und klientelbasierten Fundament, unterstützt vom alten Mythos der portugiesischen *sebastianistischen*[29] Rechten: dem ›schicksalhaften Mann‹.«[30] In diesem Sinne war es ziemlich beeindruckend, dass eine bedeutende Anzahl von Caetanos Kollaborateuren oder Leuten, die von ihm mit wichtigen Posten in der Verwaltung versorgt worden waren, ihre politische und wirtschaftliche Macht zurückgewannen.

Als 1989 die Berliner Mauer fiel und der reale Sozialismus zusammenbrach, wurde die Haltung der rechten Akteure (in der Politik, den Medien, den Universitäten, den Firmen) zur Vergangenheit scheinbar von den meisten Portugiesen geteilt: Warum sollte Salazar diskutiert und erforscht werden, wenn die Revolution schuld war? 13 Jahre nach dem Ende der revolutionären Hoffnungen oder Illusionen – je nach Standpunkt –, die meiste Zeit davon unter rechten Regierungen, war die soziale und kulturelle Atmosphäre reif für Zusammenstöße zwischen gegensätzlichen Erinnerungsdiskursen und Formen der Erinnerungspolitik. In allen Sozialwissenschaften waren solide Arbeiten zu den meisten Aspekten des Regimes von Salazar erschienen, aber natürlich verhinderte dies nicht das, was man als prototypische revisionistische Kontroversen bezeichnen könnte. Damals bürgerte es sich ein, Erinnerungsdiskurse zur Diktatur hervorzubringen, in die negative Bezüge zur revolutionären Periode von 1974-1976 eingestreut wurden, woraus ein historisch verwirrender Diskurs resultierte, der oft eindeutig anachronistisch war.

Dies lag zunächst daran, dass, wie so oft in den meisten Gesellschaften, die gesellschaftliche Bedeutung eines minimalen Grundkonsenses zur Erinnerung an die Diktatur, an den Autoritarismus und an die autoritäre Erfahrung, an staatliche Unterdrückung und politische Gewalt nur sehr gering war. Von einem philosophischen Standpunkt aus versuchte José Gil, das Argument einer besonderen portugiesischen Form eines Phänomens, das er als »Nicht-Einschreibung« (*Não Inscrição*) definierte, zu entwickeln, d. h.

29 *Sebastianismus* ist eine spezifisch portugiesische Version eines politischen, kulturellen und spirituellen Messianismus, der auf einer Neubewertung der historischen Figur des jungen Königs Sebastian aufbaut, der 1578 im Alter von 24 in einem desaströsen militärischen Feldzug in Nordmarokko verschwand. Sein Tod/Verschwinden machte zwei Jahre später den Weg frei für die Krönung von Philip II. von Spanien zum König von Portugal. Am Anfang des 17. Jahrhunderts spielte die populäre Mythologie auf eine messianische Rückkehr von Sebastian nach Portugal an einem symbolhaft nebeligen Strand an, eine Episode, die im 19. und 20. Jahrhundert obsessiv von nationalistischen Intellektuellen aufgegriffen wurde.

30 Franco, António Luciano Sousa: A economia [Ökonomie]. In: Portugal. 20 anos de Democracia. Hg. v. António Reis. Lissabon 1993, 170-293, hier 258.

einer kollektiven Verweigerung, »das einzutragen oder aufzuzeichnen, was eine Übereinkunft über das unablässig Verschwindende erzeugen könnte«. Seiner Ansicht nach gehen in Portugal die »historischen Studien« auf diese Weise vor, »die solidesten mit einer größeren Tradition«. Gil ist der Auffassung, dass der portugiesische Fall auf gewisse Weise dem Deutschen ähnelt. Darin äußert sich in meinen Augen allerdings eine relativ bedeutende Unwissenheit: »Nach dem Zweiten Weltkrieg weigerten sich die Deutschen, das Dritte Reich und den Nazismus in ihr Leben und ihre Geschichte einzutragen […]. Diese ›leere‹ oder unsichtbare Lücke, oder Nicht-Einschreibung, verursacht (immer noch) unvorhersehbare Konsequenzen in der deutschen Gesellschaft.« Seiner Meinung nach

> weigerte sich der 25. April [1974] […] die 48 Jahre des salazaristischen Autoritarismus in die Realität einzutragen. Es gab keine Verfahren gegen die Pide [sic][31] oder gegen die Verantwortlichen des alten Regimes. Im Gegenteil, eine große Vergebung umhüllte die unterdrückende, kastrierende und erniedrigende Realität, aus der wir kamen, mit einem Schleier. Folglich wurden der Kolonialkrieg, die Qualen, die Verbrechen, die Kultur der Angst und der kleinkarierten Mittelmäßigkeit, welche der Salazarismus hervorgebracht hatte, aus unserem Bewusstsein und Leben gelöscht. […] [H]eutzutage setzt Portugal das alte Regime fort.[32]

1989: der 100. Jahrestag der Geburt Salazars

Eine der wenigen Gelegenheiten, an denen es möglich war, einen fast institutionellen Blick der Führer der portugiesischen Rechten auf Salazar und sein Regime zu erlangen, ergab sich im April 1989, zum 100. Jahrestag der Geburt Salazars. Ausnahmsweise nahm Freitas do Amaral, der gerade an die Spitze der CDS zurückgekehrt war, das Angebot an, einen kurzen Kommentar über den Diktator für die meistgelesene portugiesische Wochenzeitung »Expresso« zu schreiben.[33] 15 Jahre nach dem Sturz von Salazars Regime und 21 Jahre nach seinem Rückzug von der Macht schien es Amaral, dass »die

31 Verweis auf die Agenten der politischen Polizei. Sie wurden als *Polícia de Vigilância e Defesa do Estado* (PVDE, 1933-1945), *Polícia Internacional de Defesa do Estado* (PIDE, 1945-1969; dt.: Internationale Staatsschutz-Polizei) und *Direcção-Geral de Segurança* (DGS, 1969-1974; dt. Generaldirektorat für Sicherheit) bezeichnet.

32 Gil, José: Portugal, hoje. O medo de existir [Portugal heute. Die Angst besteht]. Lissabon ^{7}2005 [^{1}2004], 15-17.

33 Freitas do Amaral, Diogo: Como os líderes vêem Salazar [Als Führer wahrgenommen: Salazar]. In: Expresso, 22.04.1989.

Zeit noch immer nicht reif sei, ein abgeklärtes und unparteiisches Urteil über seine Persönlichkeit und seine Arbeit abzugeben«. Der christdemokratische Führer entschied sich, in einer Liste sowohl die persönlichen »Qualitäten« als auch die »Fehler« Salazars aufzuzählen. Zu den Fehlern gehörten, wie er einräumte: »Autoritarismus, Intoleranz, Kälte, Härte gegenüber seinen Gegnern [...], persönliche Abschottung, Unfähigkeit zum Dialog, Misstrauen in die Reife Portugals, Abneigung gegen individuelle Freiheiten.« In dieser Liste vermied er jedwede Bewertung der spezifischen Politik des Regimes. In der Auflistung seiner »Qualitäten« war Amaral wesentlich offener: »Intelligenz, Kultur, [...] persönliche Aufrichtigkeit, Hingabe für das öffentliche Wohl, Willenskraft, Liebe Portugals, Regierungsfähigkeit, Sinn für den Staat, Unabhängigkeit von anderen Autoritäten, Interessengruppen, fremden Mächten und sogar die Fähigkeit, ein globales politisches Projekt zu entwerfen und dieses Schritt für Schritt umzusetzen.«

Auf der anderen Seite ist die Weigerung des Premierministers Cavaco Silva, damals auf dem Höhepunkt seiner Popularität angelangt, auf ähnliche Weise Rede und Antwort zu stehen, sehr bezeichnend. An seiner Stelle lobte, auch im »Expresso«, einer seiner Minister, Dias Loureiro, Salazars »Geschicklichkeit«, mit der es ihm gelungen war, »Portugal aus dem [Spanischen Bürgerkrieg und dem Zweiten Weltkrieg] mit dem geringstmöglichen Preis hervorgehen zu lassen« sowie seine »äußerst positive« Finanzpolitik zu Beginn seiner Herrschaft. In den Augen von Loureiro, wie auch der meisten konservativen Portugiesen, schien Salazar erst »nach 1945 sein Gefühl für eine Vision einer modernen Welt eingebüßt [zu haben]«, »wodurch Portugal den Anschluss an die europäische Erholungsdynamik verlor, und so eine ideale Möglichkeit für den Beginn der Industrialisierung verpasste« – eine bemerkenswerte historische Beurteilung, die gewöhnlich von konservativen, aber diskreten Bewunderern des Diktators verbreitet wird, und die annimmt, dass die faschistischen Jahre (1930er-Jahre und Zweiter Weltkrieg) Salazars Sternstunden gewesen seien. Der »Kolonialkrieg« – ein Begriff, der in rechten Diskursen über den Salazarismus kaum auftaucht, dort heißt es meist »Krieg in Übersee« oder die »afrikanischen Feldzüge« – wird von Loureiro nicht deswegen kritisiert, weil es sich um eine inakzeptable Politik gehandelt hat, sondern weil er »die [ökonomische] Entwicklung Portugals weiter behinderte«. »Die Einschränkungen der Meinungsfreiheit und der Freiheit der politischen Betätigung und das Fehlen demokratischer Organisationen in der Gesellschaft führten in der Tat zu einer ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Stagnation, die unsere Modernisierung verzögerte« – mit anderen Worten, Autoritarismus und Diktatur waren an sich nicht schlecht, hatten aber einen entscheidend negativen Einfluss auf die wirtschaftliche und kulturelle »Entwicklung« bzw. auf den Modernisierungsprozess.

Es war immer noch nicht leicht gewesen, rechte Führer dazu zu bewegen, offen über die Diktatur zu sprechen. Sechs Jahre später, im Jahr 1995, anlässlich des 25. Jahrestages von Salazars Tod, bat »Diário de Notícias« alle Führer der Parteien, die im Parlament vertreten waren, drei Fragen zu Salazar und zu ihren persönlichen Erinnerungen an dessen Herrschaft zu beantworten, aber nur die neuen Führer der Sozialisten (António Guterres) und der Kommunisten (Carlos Carvalhas) waren einverstanden.[34] Nichtsdestotrotz, entschied sich Cavaco Silva, damals Anfang 60, nachdem er im Oktober 1995 sein Amt als Premierminister aufgegeben und die Präsidentschaftswahlen im Januar 1996 verloren hatte, eine politische Autobiografie (*Autobiografia política*) zu veröffentlichen, so als sei seine politische Karriere beendet. Cavaco Silva, der bereits 35 war, als die Diktatur stürzte, war findig genug, in seinem Buch eine Klassifizierung oder Beschreibung des politischen Systems und der Situation Portugals vor 1974 zu vermeiden. Nur an einer Stelle betonte er die Bedeutung eines dreijährigen Aufenthalts in Großbritannien (1971-1974): »[Er] half mir, meine Antipathie für das in Portugal vorherrschende politische Regime zu verstärken und gab zugleich meinem Wunsch Auftrieb, in unserem Land die Gründung einer modernen europäischen Demokratie zu erleben«, da in Großbritannien, wie er behauptete, »typisch englische Demonstrationen« gegen die Regierung »ordentlich vor einem Pub zu dessen Ausschankzeiten« beendet würden, »um den Magen zu besänftigen«.[35]

Das beste Beispiel für Cavaco Silvas Strategie einer retrospektiven Bildung einer demokratischen und antiautoritären Identität vor 1974 sind die Beschreibungen seiner Erfahrungen als junger Armeeoffizier in einer kolonialen Umgebung. 1962 wurde Cavaco Silva noch vor seinem Universitätsabschluss eingezogen und empfand dies »wie einen Schlag in den Magen, der mich nach Luft schnappen ließ. […] Der Kolonialkrieg […] klopfte an meine Tür. Es widerte mich an und in mir wuchs meine Antipathie für Salazars Regime.«[36] Es ist offen gesagt merkwürdig, dass er dies schreibt, da er nach Mosambik eingezogen worden war, wo, im Gegensatz zu dem, was zu jener Zeit in Angola geschah, und wie die staatlich kontrollierten Medien permanent betonten, noch keine bewaffnete Rebellion stattfand und eine solche auch erst zwei Jahre später beginnen sollte. Die fünfeinhalb Seiten, die er in seinem Buch der Beschreibung seines Militärdienstes in Mosambik widmet, sind voll von Details aus dem täglichen Leben eines jungen Offiziers und seiner Frau und den Vergnügungen, die jungen Europäern in einer

34 Horror não pode trazer suadades [Horror führt nicht zur Nostalgie], Diário de Notícias, 27.07.1995.

35 Cavaco Silva, Autobiografia política (wie Anm. 10), 33.

36 Ebd., 21.

typischen Kolonialumgebung zur Verfügung standen (elitäres Leben, Cafés, Gebäck, das erste Auto, »Ausflüge, um Mosambik zu entdecken«, wilde Tiere, Filme …). Dafür finden sich keinerlei Verweise auf die koloniale Ordnung selbst, sogar die einfachsten Beschreibungen der sozialen Auswirkungen und Manifestationen des Kolonialismus fehlen. Cavaco Silva behauptet, womit er keinen Sinn für historische Genauigkeit an den Tag legt, dass er sich erinnere, dass »der bewaffnete Konflikt im nördlichen Teil des Territoriums fast unmerklich gewesen sei, abgesehen von der einen oder anderen Nachricht, die die militärischen Unterkünfte erreichte«.[37] Diese Erinnerung hat allerdings keinen realen historischen Hintergrund. Die FRELIMO-Guerilla[38], die ihre Operationsbasis im seit Kurzem unabhängigen Tansania hatte, wo sie auch ausgebildet wurde, drang nicht vor August 1964 ins nördliche Mosambik ein. Cavaco Silva hätte, auch wenn er nichts dergleichen erwähnt, Anspielungen auf ein Massaker an ungefähr 50 Zivilisten, das von portugiesischen Kolonialbehörden in Mueda im Juni 1960 begangen worden war, also zwei Jahre vor seiner Ankunft in Mosambik, hören können. Er hätte allerdings keine »Nachrichten« über einen »militärischen Konflikt« in der portugiesischen Kolonie erhalten können, bevor er diese verließ.[39] Als Ergebnis dieser Erfahrung räumt der ehemalige Premierminister und heutige Präsident ein, dass das, was sich zunächst im Alter von 23 wie »ein Schlag in den Magen« angefühlt hat, sich in »ein Leben, das zunehmend aus einer Serie von Abenteuern mit einem glücklichen Ende bestand,«[40] verwandelt habe. Deshalb ist es schwer, ihn als jemanden wahrzunehmen, dem unter der autoritären Ordnung die Luft zum Atmen gefehlt oder sich unwohl gefühlt habe.

Aber zurück zu 1989, als der neo-salazaristische Diskurs über den *Estado Novo* und Salazar von einer kleinen Gruppe von Mitgliedern aus dem unmittelbaren Umfeld des Diktators intellektuell aufgebaut wurde. Franco Nogueira war der erste dieser Salazaristen und derjenige, der am häufigsten publiziert wurde. Er schrieb von einem »staatlichen Autoritarismus« im Gegensatz zu einem »passiven Staat nach liberalen Modell und« – wieder die »Totalitarismusthese« aufgreifend und anpassend – »einem totalitären Staat, wie in den kommunistischen, faschistischen oder nazistischen Modellen«.

37 Ebd., 23.

38 Die Befreiungsfront für Mosambik (Frente de Libertação de Moçambique), kurz FRELIMO, ist eine 1962 im tansanischen Exil gegründete afrikanische Nationalbewegung, die zwei Jahre später, im Herbst 1964, im Norden Mosambiks Guerilla-Aktionen startete.

39 S. zum Beispiel Guerra Colonial [Kolonialkrieg]. Hg. v. Aniceto Afonso , Carlos Matos. Lissabon 2000, 112 f. und 168-173.

40 Cavaco Silva, Autobiografia política (wie Anm. 10), 26.

Nogueira war von 1961 bis 1969 Salazars letzter Außenminister gewesen und veröffentlichte in den späten 1970er- und 1980er-Jahren zwei große Arbeiten, die die Basis für den neo-salazaristischen Diskurs über den Salazarismus bildeten.[41] Anlässlich seines 100. Geburtstages 1989 räumten zwei akademische Herausgeber eines Sammelwerkes zu Salazars »Gedanken und politischer Doktrin« ein, dass sein Regime »durch jene Beschränkungen geprägt war, die von der instabilen Basis herrührten, die ihn unterstützte, und dass es versuchte, […] eine autoritäre politische Praxis mit Formeln aus dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts zu versöhnen«. Nichtsdestotrotz sei es nötig, einen Unterschied zwischen »dem Regime und der Person« zu machen. Salazar selbst sei »weise, nüchtern und tapfer« gewesen, »was sogar seine eigenen Gegner anerkannten. Solange er lebte, hatte er einen unkorrumpierbaren Charakter [und] im Allgemeinen spürten die Portugiesen bei ihm die Liebe für das Vaterland.« Wie konnte es irgendwelche anderen Porträts des Regimes und »der Person« geben? Nach Meinung der Herausgeber waren solche anderen Beschreibungen von Salazar Folge von »Boshaftigkeit, Dummheit und Unehrlichkeit, die sich über seinen Charakter und seine Arbeit ergoss«. Es ist bezeichnend, dass sich die Neo-Salazaristen über die »eisige Stille, die von den heute mächtigen Männern und Meinungsmachern gesteuert wird«, beschwerten, die aus ihrer Sicht immer noch die Erinnerung an Salazar überdecke, aber zugleich feststellten, dass zu dieser Zeit, also 1989, diese »begann, wieder in die nationale Erinnerung Eingang zu finden«.[42]

1992-1994: der portugiesische *Historikerstreit* – (fast) ohne Historiker

Noch bevor 1995 Cavaco Silvas Jahrzehnt an der Macht ein Ende finden sollte und der ideologische Schwung von 1989 etwas von seiner Kraft verloren hatte, lösten zwei spezifische Ereignisse einen öffentlichen Skandal im Hinblick auf die Erinnerungskontroversen über das historische Erbe sowohl Salazars als auch der Revolution aus. Sie trugen beide dazu bei, dass die

41 S. seine Biografie über Salazar: Nogueira, Franco: Salazar O Último Combate (1964-1970) [Salazars letzter Kampf Combate (1964-1970)]. Porto 1985 und den 2. Supplementband von História de Portugal [Geschichte Portugals]. Porto 1981.

42 Salazar. Pensamento e doutrina política. Textos antológicos [Politisches Denken und Doktrin. Eine Anthologie]. Hg. v. Mendo Castro Henriques, Gonçalo de Sampaio Melo. Lissabon-São Paulo 1989, 10 f. Beide Herausgeber sind Jura-Professoren (einer an einer katholischen Universität, der andere an der Universität Lissabon) und beide sind erklärte Monarchisten. S. auch Salazar visto pelos seus próximos (1946-1968) [Salazar – von seinen Nächsten gesehen (1946-1968)]. Hg. v. Jaime Nogueira Pinto. Venda Nova 1993.

politische und symbolische Hegemonie des rechten Vergangenheitsdiskurses abgeschwächt wurde. Und diese beiden Ereignisse fanden statt, noch bevor in den Jahren nach 1994 einige der fundiertesten Arbeiten der neuen Geschichtsschreibung über den *Estado Novo* veröffentlicht wurden.[43]

Das erste dieser beiden Ereignisse geschah 1992 um den 18. Jahrestag der Revolution herum, als die Presse berichtete, dass Premierminister Cavaco Silva jedem Agenten und Offizier der ehemaligen politischen Polizei (PIDE), der eine staatliche Pension für »außergewöhnliche oder wichtige Dienste für das Land« (Erlass Nr. 404/82) beantragt und der die Zustimmung des obersten Militärgerichts erhalten habe, diese tatsächlich gewährte. Gleichzeitig aber verweigerte er die Zahlung Salgueiro Maia, einem ehemaligen Offizier, der die militärischen Einheiten befehligt hatte, die Marcello Caetano am Nachmittag des 25. April 1974 in Lissabon überzeugt hatten, sich zu ergeben. Maia hatte die Pension vier Jahre zuvor beantragt. Von der zuständigen Stelle, dem Beratungsgremium des Generalstaatsanwalts, hatte er daraufhin einen eindeutig positiven Bescheid erhalten. Es war zudem bemerkenswert, dass es sich bei zweien der ehemaligen Agenten der PIDE um António Augusto Bernardo, der in den letzten vier Jahren des Regimes Kommandant des Konzentrationslagers Chão Bom (von 1936 bis 1954 bekannt als Tarrafal) gewesen war, und um Óscar Cardoso handelte. Letzterer war einer der Agenten, der sich im Hauptquartier der PIDE in Lissabon aufgehalten hatte, als am Nachmittag des 25. April 1974 die letzten Schüsse gefallen und vier Menschen getötet hatten.[44] Francisco Sousa Tavares, ein ehemaliger rechter Abgeordneter, Minister in der Großen Koalition von PS und PSD und Anwalt, der vor 1974 politische Gefangene verteidigt hatte, fühlte sich, »Portugal und jeden Einzelnen von uns« durch diese Entscheidung des obersten militärischen Gerichtshofs »beleidigt« und nannte diese »Bande von Generälen und Admirälen einen Haufen Parasiten, ohne Sinn für Würde oder Liebe für ihr Vaterland«. Der oberste militärische Gerichtshof verklagte ihn daraufhin sofort. Tavares hinterfragte das Verhalten der Militärrichter, die

43 Nach einigen Errungenschaften Ende der 1980er-Jahre waren dies besonders Rosas, O Estado Novo (wie Anm. 15), sowie Dicionário de História do Estado Novo [Wörterbuch zur Geschichte des Estado Novo]. 2 Bde. Hg. v. Fernando Rosas, J. M. Brandão de Brito. Lissabon 1996/97.

44 José Pedro Castanheira, Jorge Van Krieken, Cavaco Silva reabilita pide responsável pelo Tarrafal e Pides »agraciados« têm currículo negro [Cavaco Silva rehabilitiert die Gefangenen von Tarrafal]. In: Expresso, 25.04.1992; José Pedro Castanheira, João Garcia, Cavaco Silva mete na gaveta pensão de Salgueiro Maia e Pides pensionistas escondem passado [Cavaco Silva entzieht Salgueiro Maia die Rente und die ehemaligen Mitarbeiter von PIDE blenden die Vergangenheit aus]. In: Expresso, 02.05.1992.

»keinen Respekt für unsere nationale Souveränität, wie sie in der Verfassung festgeschrieben ist, an den Tag legen, unsere [afrikanischen] schwarzen Brüder, die dieselbe Sprache sprechen, Terroristen nennen und die politische Polizei des *Estado Novo*, ein Symbol der Geringschätzung, Grausamkeit und Rechtlosigkeit, glorifizieren«[45].

Die Klage des obersten Militärgerichtshofs gegen Tavares war Anlass für ein erstes Manifest, das von Dutzenden von öffentlichen Persönlichkeiten unterzeichnet wurde, die über die »Verkehrung der Werte« aufgebracht waren.[46] Es entwickelte sich eine Art »Erinnerungsaufstand«.[47] Seit dem Zusammenbruch des diktatorischen Regimes waren zwei Jahrzehnte vergangen, und die portugiesische Gesellschaft schien stillschweigend oder ganz bewusst die autoritäre Erfahrung und ihre moralischen und politischen Implikationen zu ignorieren. Bis zu einem gewissen Grad wurde von den Opfern der Unterdrückung erwartet, etwas zu vergeben, über das kaum offen diskutiert wurde, um eine Art von Zusammengehörigkeit zu erleichtern, die als normal(isiert) bezeichnet wurde. Diese sollte scheinbar alle, die sich sowohl vom *Estado Novo* als auch der Revolution betroffen fühlten, also Opfer und Täter gleichermaßen, umfassen. Beide Perioden wurden dabei als abnormale Momente der Geschichte präsentiert beziehungsweise als, wie José Gil sagen würde, »nicht-eingetragen« in das portugiesische Gewissen. Als sich der 20. Jahrestag der Revolution näherte, traf diese Entstehung einer betroffenen Erinnerung an die diktatorische Vergangenheit mit etwas zusammen, das man als die erste Krise des neuen ideologischen Repräsentationsparadigmas bezeichnen könnte, das seit den späten 1970er-Jahren vorherrschte und das auf der totalitaristischen Interpretation des revolutionären Erbes und einer vergleichsweise indifferenten Haltung bzw. sogar auf dem Schweigen über die autoritäre Periode beruhte.

Im Laufe des Jahres 1994, besonders in den ersten vier Monaten, trat die ganze Situation immer deutlicher zutage, als eine Reihe öffentlicher Debat-

45 Tavares, Francisco Sousa: Motivos que envergonham Portugal [Gründe für Portugal, sich zu schämen] sowie Quem é o criminoso? [Wer ist der Kriminelle?] In: Diário de Notícias, 14.11.1992. Zitat in Soutelo, Luciana de Castro: A memória do 25 de Abril nos anos do *cavaquismo*: o desenvolvimento do *revisionismo histórico* através da imprensa (1985-1995) [Die Erinnerung an den 25. April im Ära des Cavaquismo: Die Entwicklung des historischen Revisionismus in der Presse (1985-1995)], MA Arbeit, Porto, 2009, 260f., 263. Soutelo glaubt, dass »1992 der historische Revisionismus die portugiesische Gesellschaft schon so weit durchdrungen hatte, dass er bereits durch die öffentlichen Autoritäten legitimiert war« (ebd., 263).

46 Benesses a pides e atentados à democracia [Vorteile für die PIDE-Agenten and der Angriff auf die Demokratie]. In: Diário de Notícias, 14.11.1992.

47 Vgl. Loff (wie Anm. 24), 92-99.

ten zum 20. Jahrestag der Revolution führende Persönlichkeiten der vor- und nachrevolutionären Zeit zusammenbrachten: Militärs, die »stolz« auf den Krieg waren, den sie in Afrika geführt hatten, ehemalige Minister von Salazar und Caetano, die sich durch die Verfolgung von 1974 oder 1975 »geadelt« fühlten, hochrangige rechte Politiker und Meinungsmacher, die sich vorgenommen hatten, der Revolution die Verantwortung für das ökonomische Desaster der 1970er- und 1980er-Jahre anzulasten, und deren Gegenüber, eine Anzahl von mehr oder weniger inkohärenten und fassungslosen linken anti-salazaristischen Alt-Aktivisten sowie einigen noch weniger medienerprobten Militärs von der MFA.

Ein Höhepunkt war erreicht, als SIC, der wichtigste Privatsender im Fernsehen, José Manuel Tengarrinha, einen Historiker und ehemaligen linken politischen Gefangenen, Rodrigo de Sousa e Castro, ein ehemaliges Mitglied der MFA, und den bereits erwähnten Óscar Cardoso, einen ehemaligen hochrangigen Agenten der politischen Polizei, in einer Live-Debatte zusammenführte.[48] Cardoso war ein bekannter gewalttätiger Vertreter der salazaristischen Unterdrückung gewesen, besonders während des Kolonialkrieges in Angola und Mosambik. Er versuchte ein eindeutig negationistisches Bild der politischen Polizei der Diktatur zu zeichnen und konzentrierte sich auf das, was seiner Ansicht nach deren Haupteigenschaften gewesen waren: »Ethik«, »Patriotismus«, »Wissenschaftlichkeit«, »Effektivität« oder die »Güte« ihrer Agenten. Der ehemalige Inspektor, der konsequent so von Emídio Rangel, dem besonders freundlichen und ausdrücklich peinliche Fragen vermeidenden Informationsredakteur des SIC, angesprochen wurde, war unverschämt genug, abzustreiten, dass die politische Polizei vor 1974 gefoltert und Hinrichtungen ausgeführt hat. Währenddessen erwiesen sich die übrigen Anwesenden, sowohl der anti-salazaristische Widerstandsaktivist als auch der Militär von der MFA, als nicht in der Lage, auf die Strategie Cardosos zu reagieren.

Scharfe Reaktionen kamen von allen Seiten des strick rechten Milieus. Für Präsident Mário Soares »war es, als wäre [Klaus] Barbie – der Schlächter von Marseille – eingeladen worden, um mit seinen eigenen Opfern zu debattieren«.[49] »Was sollen wir unseren Kindern sagen, nachdem sie diese Debatte im Fernsehen gesehen haben? Dass wir uns diese ganze Geschichte eingebildet haben? Was in aller Welt wird unser Vermächtnis sein?«, fragte Torcato Sepúlveda in einem der ersten Texte, der in der portugiesischen

48 Vgl die Debatte: PIDE/DGS: Polícia sem lei [PIDE/DGS: Gesetzlose Polizei]. In: SIC, 14.04.1994.

49 Soares, Mário: A superioridade moral da democracia [Die moralische Überlegenheit der Demokratie]. In: Público, 22.04.1994.

Presse zum Thema »Revisionismus« erschien.[50] Tatsächlich waren bis dahin kaum Konzepte wie »Negationismus« oder »Revisionismus« in der portugiesischen Debatte über die politische Instrumentalisierung der Geschichte verwendet worden. Die Kontrastierung und der Vergleich mit anderen europäischen Kontroversen über die Regime des 20. Jahrhunderts wurden bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, also bis vor Kurzem, als unwichtig erachtet. Am Ende des 20. Jahrhunderts publizierten schließlich Hunderte von Unterzeichnern ein weiteres Manifest gegen die

> unverschämte Kampagne der Übertünchung des früheren Regimes, seiner Agenten und Praktiken, die ihren medialen Höhepunkt in den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des 25. April erreichte. Indem die Geschichte unterschätzt und gezielt mystifiziert wird und indem Meinungen einiger seiner Vertreter ohne eine angemessene Kritik verbreitet werden, wird der Versuch unternommen, die Verbrechen der Diktatur reinzuwaschen und ihre Ideologie wiederherzustellen. […] Und weil wir nicht vergessen, werden wir nicht zustimmen, dass die Pervertierung der geschichtlichen Realität die Erinnerung an diejenigen auslöscht, die sich im Kampf für die Demokratie geopfert haben.

Sehr wahrscheinlich befanden sich unter den Unterzeichnern einige, die 1974-1976 gedacht hatten, es wäre das Beste, »die Verbrechen der Vergangenheit hinter sich zu lassen«, zweifellos ohne sich träumen zu lassen, dass eines Tages so etwas wie ein historisches »Übertünchen« und »Mystifizieren« eine so große mediale Unterstützung erhalten würde.

Nur sehr wenige rechte Intellektuelle waren 1994 bereit, an der Debatte teilzunehmen. Für kurze Zeit, aber zum ersten Mal seit 1976, fühlten sie sich vergleichsweise unwohl. Einige bezogen sich jedoch wieder auf das alte Argument: Wenn Salazars Diktatur schlecht war, dann war die Revolution noch schlimmer, wie z. B. Vasco Graça Moura. Er reagierte ziemlich unverblümt auf diejenigen, »die entschieden hatten, eine Reihe Verbrechen der PIDE in den Medien in Erinnerung zu bringen, weil es für sie vorteilhaft ist, diese nicht zu vergessen«, er betonte aber, »keiner erinnerte an die willkürlichen Verhaftungen, die Zensur, Einschüchterung, Denunziationen, Manipulationen, Verleumdungen, Todesdrohungen, Folter und Verletzungen« sowie – und die Vermischung ist hier politisch ziemlich wichtig – »Besetzungen von Eigentum, Säuberungen, Zerstörungen und andere Grausamkeiten der Zeit nach dem 25. April. Es war nicht die PIDE gewesen, die diese Verbrechen begangen hat, sondern das Bündnis aus MFA und PCP, die jetzt

50 Sepúlveda, Torcato: A revisão da história [Revision der Geschichte]. In: Público, 14.04.1994.

die Erinnerung bejubeln, dieser sprichwörtliche Abschaum [sic] des Demokratisierungsprozesses unseres Landes.«[51]

Während José Gil argumentierte, dass die ganze Debatte über die Unterdrückung durch die politische Polizei 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur, die diese hervorgebracht hatte, bedeutete, dass die Portugiesen irgendwie »die Erinnerung an etwas, das nicht existierte (weil nicht darüber gesprochen wurde, weil es nur als ein Nicht-Ereignis geschehen war)«[52], wiederherstellten, war Moura sicher, dass »Portugal noch nicht das schlechte Gewissen verarbeitet habe, das einzige Land in der Geschichte« – immerhin – »gewesen zu sein, dessen Streitkräfte«, seiner Ansicht nach, »ohne besiegt worden zu sein, die einmalige Unerschrockenheit besessen haben, ihnen einfach alles, was sie wollten, zu geben.«[53] Moura bezog sich hier darauf, dass die portugiesischen Streitkräfte die Kolonien aufgaben, ohne militärisch besiegt worden zu sein. Damit brachte er die Dekolonisierung in die Debatte ein, diesen besonderen Aspekt der gesellschaftlichen Erinnerung an das Ende des autoritären Regimes und die Revolution, der durch all die Jahre immer negativ konnotiert gewesen war, sowohl vor als auch nach 1989. Für Moura hatten die jungen Offiziere des 25. April

> [es] aus patriotischen Gründen vorgezogen, korporativ Sold und Beförderungen abzulehnen. Und sie hätten es anschließend mit ihrem sowjetisch motivierten Programm fast geschafft, sich des Ganzen zu bemächtigen. Sie hatten entschieden, heroisch Abermillionen von Menschen [in Angola und Mosambik] ihrem Schicksal zu überlassen, die währenddessen in einer der schlimmsten Katastrophen in der Geschichte der Menschheit starben; und die Verantwortung dafür lag allein bei ihnen.[54]

Ein portugiesischer Opferdiskurs

In den frühen 1990er-Jahren entstand das Selbstporträt der Portugiesen als *der* Opfer des Krieges: Die ehemaligen Kämpfer, denen sowohl die Gesellschaft als auch der Staat kaum moralisches Verständnis entgegengebracht hatten, erhielten von letzterem schließlich doch noch öffentliche Anerkennung für ihr Engagement im Krieg, und sie fanden es gerecht und verdient,

51 Moura (wie Anm. 17).

52 Gil, José: O silêncio da história [Das Schweigen der Geschichte]. In: Público, 09.05.1994.

53 Moura (wie Anm. 17).

54 Ebd.

dass ihnen ein spezieller Status in der Sozialgesetzgebung (Pensionen und Gesundheitsversorgung) eingeräumt wurde. Die *retornado* (Siedler, die sich entschieden hatten, nach Portugal zurückzukehren – also das portugiesische Äquivalent zu den französischen *pied noir*) stellten sich selbst als Opfer der Dekolonisierung, der Revolution und der Befreiungsbewegungen in Afrika dar. Obwohl zu diesem Thema keine spezielle Studie erstellt wurde, erscheint diese Selbstviktimisierung der Portugiesen aus meiner persönlichen und auch aus einer empirischen Perspektive politisch sehr vorteilhaft zu sein, da sie den selbsternannten »Opfern« erlaubt, über ihre Erfahrungen zu sprechen, und zu spüren, dass die Gesellschaft offen dafür ist, mit ihren Gefühlen, ihren Schmerzen zu sympathisieren. Das offenkundige Fehlen der politischen Entschlossenheit der neuen afrikanischen Staaten, in Bezug auf den Krieg eine spezifische Erinnerungspolitik aus einer afrikanischen Perspektive zu entwickeln, machte es möglich, widerspruchslos die auf die Portugiesen zentrierte Erinnerungspolitik zu etablieren, wie sie von den portugiesischen Militärinstitutionen und den Verbänden der ehemaligen Kämpfer vermittelt wurde.

Die halbe Million Portugiesen, die aus den afrikanischen Kolonien flohen und 1974-1976 nach Portugal kamen, wurden zu Hause so willkommen geheißen, als wären sie mehr oder weniger unschuldige Opfer eines komplexen historischen Prozesses, in dem sie scheinbar weder Mitsprache noch eine besondere Verantwortung gehabt hatten, obwohl der Krieg zu einem großen Teil ausdrücklich in ihrem Namen ausgefochten worden war. Sie wurden und werden immer noch allgemein als Opfer der Gewalt betrachtet, die zwangsläufig zu einem Unabhängigkeitskampf gehörte, oder als Opfer der unvermeidlichen Auseinandersetzungen, die zu einer Übergangsperiode zur Unabhängigkeit gehörten, welche im April 1974 begann und im Sommer/Herbst 1975 endete. Ein beträchtlicher Teil von ihnen entschied sich, in Afrika zu bleiben, bezeichnenderweise jedoch in Gesellschaften, in denen die politische Kontrolle der weißen Minderheiten noch vollständig intakt war, wie in Ian Smiths Rhodesien oder dem Südafrika unter der Apartheid. Was das Vermächtnis des Krieges angeht, wurden sie selbst nie für die Tötungen, für die organisierte Vergeltung an Afrikanern oder für den politischen Druck einiger ihrer bekanntesten Führer zur Fortführung des Krieges zur Verantwortung gezogen. Darüber hinaus profitierten sie alle – ehemalige Siedler und Kämpfer, Militärbeamte, Historiker, alle, die sich der Erzählung einer amputierten Nation verschrieben hatten – vom weitverbreiteten Konsens über eine Art kulturalistische und pseudo-anthropologische Erklärung, den *lusotropicalismo* (Gilberto Freyre), der die besondere Variante des portugiesischen Kolonialismus in der Weltgeschichte beschreibt. Diese Erklärung basiert auf Annahmen, die die Rolle der Portugiesen sehr vorteilhaft darstel-

len, wie etwa die besondere Fähigkeit einer kulturellen Assimilierung, einem scheinbaren Multirassismus und dem Fehlen von rassistischen Vorurteilen, einer angeblich väterlichen Intimität zwischen den portugiesischen Kolonisten mit ihrer christlichen Kultur und der afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Bevölkerung und einer Verwaltung, die sich hypothetisch nicht auf rassistische Einteilungen gründete. Eine prototypisch *lusotropicalistische* Aussage war das Statement von Premierminister Cavaco Silva im Jahr 1992 anlässlich der Eröffnung des portugiesischen Pavillons auf der Weltausstellung in Sevilla (der Expo ›92):

> In Erinnerung an die Entdeckungsreisen [im 15. und 16. Jahrhundert] halten die Portugiesen ihren außergewöhnlichen und entscheidenden Beitrag fest, Europa vor fünf Jahrhunderten mit dem Rest der Welt bekannt gemacht zu haben. Aber sie halten auch die Tatsache fest, dass diese Reisen den Kontakt mit anderen Zivilisationen ermöglicht haben, um diese kennenzulernen und starke, dynamische und langfristige Verbindungen zu knüpfen, die sich über die Jahrhunderte erhalten haben […] den Samen des sozialen Verkehrs gesät zu haben, der es verschiedenen Rassen und unterschiedlichen Religionen ermöglicht, in Harmonie miteinander zu leben. […] Diese Kontakte haben in uns eine einmalige Fähigkeit hervorgebracht, Unterschiede zu respektieren und an die Wichtigkeit des Dialogs zu glauben.[55]

Es war keine Überraschung, dass, kurz nachdem Cavaco Silva die Macht abgegeben hatte und ein neues sozialistisches Kabinett den Psychologen José Leitão 1996 zum ersten Hohen Kommissar für Immigration und ethnische Minderheiten gewählt hatte, dieser der Presse sagte, dass »das kulturelle Modell Portugals zu Interkulturalität tendiert und dass die Geschichte dieses Landes immer eine Geschichte der Verbindung der Rassen gewesen ist«.[56] Fünf Jahre später, angesichts von Reparationsforderungen von einigen afrikanischen Staaten und von Organisationen der Afrikanischstämmigen, die auf der Konferenz der Vereinten Nationen gegen Rassismus, rassische Diskriminierung, Xenophobie und ähnliche Formen der Intoleranz in Durban debattiert wurden, konstatierte Leitão, der dort die portugiesische Regierung vertrat, offen, dass »es nicht legitim ist, von einem Land eine offizielle Entschuldigung zu fordern, das die Dekolonisierung selbst betrieben hat, das selbst die Verantwortung für die Fehler seiner Vergangenheit übernommen hat und das eine solidarische Beziehung mit den portugiesischsprachigen

55 Cavaco Silva, Aníbal: Dialogue between civilizations. In: Descobrimentos. Diário de Notícias. The Era of Vasco da Gama. Lissabon 1992, 17.

56 Público, 21.02.1996.

Ländern Afrikas unterhält«.[57] Das war eine überraschende Erklärung für einen offiziellen Vertreter eines Staates, der die afrikanische Tragödie gezielt übersah, der dazu neigte, diese zu verleugnen, der nie Untersuchungen zur Zahl der afrikanischen Opfer der kolonialen Repression im Krieg von 1961 bis 1974 veröffentlicht hat, der Kriegsverbrechen (Massaker, Folter, Töten von Gefangenen, chemische Kriegsführung) nie offiziell anerkannt hat und der weder mit den neu entstandenen afrikanischen Staaten noch mit Timor über irgendwelche finanziellen Reparationen verhandelt hat.

Cavaco Silvas Jahrzehnt endete 1995. Der Regierungswechsel zugunsten der Sozialisten (Guterres war von 1995 bis 2002 Premierminister) bedeutete zumindest mit Blick auf die jüngste Geschichte einen entscheidenden Wandel in der offiziellen staatlichen Herangehensweise. Daraus resultierte (oder genauer gesagt, darauf folgte) ein grundlegender Wandel in der akademischen Haltung zur Forschung über die Periode von 1926 bis 1974 in den Geschichts- und anderen Sozialwissenschaften. Die Forschung der Geschichtswissenschaften zu diesem Thema boomt seit den späten 1990er-Jahren und Publikationen, Filme (sowohl Spiel- als auch Dokumentarfilme) und der mediale Diskurs nehmen, obwohl immer wieder auch umstrittene Werke erscheinen, wesentlich aufmerksamer die wissenschaftliche Forschung wahr.

Die historischen Kontroversen hören nicht auf, im Gegenteil. Aber die Akteure waren nun andere. Die Auseinandersetzungen bleiben unvermeidlich politisch orientiert und sind kulturell und moralisch bedeutsam, aber die Historiker übernehmen nun eine wesentlich präsentere Rolle. Ein echter *Historikerstreit* kann beginnen.

Aus dem Englischen übersetzt von Ingo Maerker

57 Público, 06.09.2011.